

Nicaragua heute: Demokratie am Scheideweg

**GEORG MARX
NOVEMBER 2016**

- Die nicaraguanische Bevölkerung hat am sechsten November 2016 Daniel Ortega zum neuen und alten Präsidenten gewählt. Mit offiziell 72,5 Prozent der Stimmen der Wahlberechtigten wurde Ortega nach 2006 und 2011 zum dritten Mal in Folge zum Staatspräsidenten des ärmsten Landes Zentralamerikas gewählt - das Amt, welches er schon in der Revolutionsregierung nach dem Sturz der Somoza-Diktatur von 1984 bis 1990 innehatte. Bei den gleichzeitig stattfindenden Parlamentswahlen erreichte seine Partei eine absolute Mehrheit von 66,8 Prozent.
- Die Wiederwahl Ortegas sorgt in der nicaraguanischen Öffentlichkeit - und in einem begrenzten Zirkel Interessierter in Deutschland und Europa - für Kontroversen. Dem Präsidenten und seiner Ehefrau und designierten Vizepräsidentin Rosario Murillo wird ein autoritärer Regierungsstil vorgeworfen. Kritiker_innen werfen dem Präsidentenpaar vor, eine Familiendynastie implementieren und so die Phase der Demokratie in Nicaragua beenden zu wollen.
- Nach einer kurzen Darstellung der gegenwärtigen Situation in Nicaragua wird diesem Vorwurf anhand ausgewählter Kriterien nachgegangen. Dazu werden Parameter einer funktionierenden Demokratie identifiziert: freie Wahlen; Verfassungsrealität; Gewaltenteilung und ein funktionierender Rechtsstaat; Transparenz und niedrige Korruption; Presse- und Versammlungsfreiheit sowie die Achtung der Menschenrechte, der soziale Frieden und schließlich der Zustand der Zivilgesellschaft.





WAHLKAMPF

Zu Beginn sollen der Wahlkampf und die politische Situation im Vorfeld der Wahl illustriert werden. Vorangestellt werden muss, dass ohne internationale beziehungsweise unabhängige Wahlbeobachtung die offiziellen Ergebnisse der Wahl nicht verifizierbar sind. Es gibt aber klare Anzeichen dafür, dass es einen massiven Wahlbetrug zugunsten Ortegas und seiner Partei gegeben hat¹.

Die Partei Ortegas FSLN (Frente Sandinista de la Liberación de Nicaragua) hatte vor den Wahlen in der *Asamblea Nacional*, dem Parlament Nicaraguas, eine absolute Mehrheit inne. Sie ist das Ergebnis der Wahlen von 2011, bei denen Ortega als amtierender Präsident keine internationale Beobachtung zuließ und bei denen ihm Wahlbetrug vorgeworfen wurde². Seine direkte Wiederwahl verstieß zu diesem Zeitpunkt gegen die Verfassung und wurde 2014 durch eine Verfassungsänderung legitimiert³. Schon bei den Wahlen 2006 kam es zu Unregelmäßigkeiten, die bis heute nicht befriedigend geklärt wurden⁴. Das Parteienpanorama in Nicaragua ist groß, lässt sich aber für den Kontext der Untersuchung auf einige Koalitionen bzw. die wichtigsten Parteien akkumuliert darstellen. Die bereits erwähnte FSLN wird durch Ortega-Murillo kontrolliert und sieht sich als ideologische und juristische Nachfolge der sandinistischen Revolutionsbewegung von 1979. Dieser Anspruch wird ihr von der MRS (Movimiento Renovador Sandinista) streitig gemacht, die einige prominente Führungspersönlichkeiten der Revolution in ihren Reihen weiß. Die MRS kann seit 2008 allerdings nicht mehr eigenständig bei Wahlen antreten, da ihr die Rechtspersönlichkeit entzogen wurde, welche im nicaraguanschen Wahlsystem aber obligat ist. Dies wurde von vielen als gezielte Schwächung einer ernsthaften Konkurrentin für Ortegas FSLN gesehen⁵. In einer Koalition mit der MRS trat die PLI (Partido Liberal Independiente) an, die seit der Wahl Ortegas 2006

als stärkste Kraft der Opposition wahrgenommen wurde. Ende Juli 2016 wurde der Vorsitzende der Partei, Eduardo Montealegre, durch nicaraguansische Gerichte seines Amtes enthoben. Der Vorsitz der Liberalen wurde Pedro Reyes zugewiesen, der allgemein als Verbündeter des Präsidenten Ortega gilt⁶. Die PLI ist somit nicht mehr als Oppositionspartei anzusehen, die autonom agieren könnte. Im Juli 2016 enthob das Parlament zudem auf Anordnung nicaraguansischer Gerichte 28 Abgeordnete (davon 12 *suplentes*, also etwa Ersatz-Abgeordnete) ihrer Sitze⁷. Alle waren der Opposition zuzuordnen. Daraufhin verkündete ein Großteil der Oppositionsparteien, die anstehende Wahl zu boykottieren. Die fünf weiterhin zugelassenen Parteien werden bis auf die PLI zuweilen gar als „Satellitenparteien“ bezeichnet⁸. Dazu muss auch die liberale Partei PLC (Partido Liberal Constitucionalista) gezählt werden, die bei der Wahl mit 15 Prozent zweitstärkste Kraft wurde. Insgesamt ging die Wahl also ohne ernsthafte Konkurrenz für Ortega vonstatten. Zudem hat das Parlament seit dem 10.09.2016 keinen Parlamentspräsidenten: Der bisherige Amtsinhaber, René Núñez Téllez, verstarb, wurde aber nicht ersetzt. Bis zum Zusammentreffen des neuen Parlamentes aber solle Núñez im Amt bleiben, entschied Präsident Ortega⁹. So war dieses wenigstens prestigeträchtige Amt zum Zeitpunkt der Wahl unbesetzt, beziehungsweise durch einen Toten okkupiert.

Im Vorfeld der Wahl kam es zu weiteren Unregelmäßigkeiten: So wurde in Bezirken, die potentiell eher die verbliebene Opposition wählen würden, die Ausgabe der zur Stimmabgabe benötigten Personalausweise systematisch verzögert. Zudem wird bemängelt, dass die Wähler_innenlisten veraltet und somit anfällig für Betrug sind¹⁰. Die FSLN mobilisierte ihre Anhänger_innen massiv, wobei es als sicher gilt, dass sie dafür gesetzeswidrig Infrastruktur und Geld des Staates einsetzte¹¹. Neben den ausgeschlossenen Parteien rief die „grupo de los 27“ um

1 Consorcio Panorama Electoral. 2016: Preliminar Elecciones

2 <http://www.bbc.com/mundo/noticias-america-latina-37113096>

3 http://www.nytimes.com/2016/08/05/opinion/dynasty-the-nicaragua-version.html?_r=0.

4 Ruiz 2016

5 envio September 2016

6 <http://www.bbc.com/mundo/noticias-america-latina-36929366>

7 <http://www.elmundo.es/internacional/2016/07/29/579baab4468aeb44448b4684.html>

8 envio September 2016

9 <http://www.bbc.com/mundo/noticias-america-latina-37427820>

10 <http://confidencial.com.ni/ortega-ganara-mas-del-75-2/>

11 Álvarez / Miranda 2016



die prominente Schriftstellerin Gioconda Belli zum Boykott der Wahlen auf. Dies tat sie mit derselben Losung, mit der 1974 gegen die Akklamation des damaligen Diktators Somoza protestiert wurde: „No hay por quien votar“ („Es gibt niemanden zu wählen“)¹². Der Umstand, dass die Wahlbeteiligung in Nicaragua seit 1990 mit mindestens 75 Prozent stets hoch war (für westliche Demokratien, dieser Hinweis sei erlaubt), zeigt, dass der Wahlboykott als politische Aussage ein nicht zu vernachlässigendes politisches Ereignis darstellt. Die offizielle Wahlbeteiligung von 68,2 Prozent diesen Jahres offenbart, dass – neben den Menschen, die der Wahl aus Politikverdrossenheit fernblieben – der Wahlboykott offenbar als politische Alternative wahrgenommen wird. Erschwerend kommt hinzu, dass unabhängige Schätzungen von einer weitaus niedrigeren Wahlbeteiligung ausgehen¹³.

GEWALTENTEILUNG

Die Verfassung Nicaraguas kennt die sogenannte „elektorale Gewalt“. Diese wird ausgeübt durch den Consejo Supremo Electoral, den Obersten Wahlrat. Er wird für fünf Jahre vom Parlament gewählt und hat eine nicht zu unterschätzende Macht, da er die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen ausrichtet und organisiert¹⁴. Die Kontrolle über die Wahlen oblag somit faktisch der FSLN¹⁵. In Verbindung mit dem Nicht-Vorhandensein von unabhängigen Wahlbeobachter_innen (Präsident Ortega hatte auch dieses Jahr internationale Wahlbeobachtung untersagt¹⁶) führt das zu einem Malus bezüglich Freiheit und Gleichheit der Wahlen. Dieser resultiert auch aus der Bildung des *Corte Suprema de Justicia*, des Obersten Gerichtshofs: Er wird ebenfalls von der Nationalversammlung für fünf Jahre gewählt¹⁷. Nun ist es zwar auch in allgemein als gefestigt angesehenen Demokratien Usus, dass Richter_innen durch die Parlamente Bestätigung finden müssen. In Nicaragua allerdings sind die Grenzen zwischen Judikative und Exekutive nicht scharf genug gezogen: Der Oberste Gerichtshof war für die

Entscheidung verantwortlich, oppositionellen Parteien die Rechtspersönlichkeit zu entziehen, ergo sie von den Wahlen auszuschließen. Einer politischen Majorität wird so faktisch die Macht verliehen, konkurrierenden Parteien die Partizipation an den Wahlen zu verunmöglichen. Der *Corte Suprema* war es auch, der wie erwähnt Abgeordnete ihrer Sitze entheben ließ. Sein Urteil befolgend, sorgte das Parlament mit der Mehrheit der FSLN für die Absetzung der Abgeordneten. Demokratisch gewählte Volksvertreter_innen der Opposition wurden also auf Grundlage eines politisch motivierten Gerichtsurteils durch Abgeordnete der Präsidentenpartei aus der höchsten Volksvertretung entfernt. Mindestens liegt hier eine problematische Verschränkung der Kompetenzen im institutionellen Design vor. Diese führt nach Ansicht vieler in der Praxis zu einer Instrumentalisierung der Justiz und zu einer Anfälligkeit der Gerichtsbarkeit für politische Urteile¹⁸. Beispiel dafür ist unter anderem das Schicksal Eduardo Montealegres, des bisherigen Vorsitzenden der PLI. Er sieht sich juristischen Ermittlungen ausgesetzt, sein Bruder Alvaro Montealegre ist gar wegen Betrugs verurteilt. Für viele Beobachter_innen ist dies ein Beispiel für eine politisierte Justiz¹⁹. Sie sehen schlicht keine Gewaltenteilung²⁰.

VERFASSUNGSREALITÄT

In diesem Zusammenhang muss auch die Verfassungstreue der nicaraguanischen Politik bzw. ihrer Akteur_innen betrachtet werden. Die sandinistische Revolutionsregierung verankerte in der Verfassung von 1987 grundlegende Bürger_innenrechte. Eine Verfassungsreform durch eine liberale Regierung in den 1990er Jahren sollte vor allem die demokratischen Institutionen wie etwa den Rechnungshof stärken, und gegen Korruption und Nepotismus immunisieren²¹. In der Folge ereigneten sich aber zahlreiche politische Wendungen, die am Erfolg dieser Initiativen zweifeln lassen. Diese sind nur mit dem „Pakt Ortega-Alemán“ aus dem Jahr 1999 erklärbar. Dieses schon fast legendäre Bündnis wurde mehr oder weniger klandestin von zwei Spitzenpolitikern geschlossen,

12 taz vom 12.08.2016

13 <http://confidencial.com.ni/dogu/>

14 Elsemann / Schobel 2008: 426 f.

15 Consorcio Panorama Electoral. 2016: Segundo Informe

16 envio September 2016

17 Elsemann / Schobel 2008: 437

18 ebd.: 438

19 envio Oktober 2016

20 Álvarez / Miranda 2016

21 ebd.: 422



als sich diese von Strafverfolgung bedroht sahen und sich ihre Immunität sichern wollten: Arnoldo Alemán, seines Zeichens geradezu absurd korrupter Präsident Nicaraguas aus dem liberalen Lager von 1997 bis 2002, vereinbarte mit Ortega die „Aufteilung“ Nicaraguas in Machtfelder. Alle wichtigen Institutionen wie Oberster Gerichtshof, Oberster Wahlrat, Bankenaufsicht, Rechnungshof und weitere wurden durch Gefolgsleute der Paktierenden besetzt²². So sollte den beiden die Macht auch im Falle möglicher Wahlniederlagen gesichert bleiben. Der stets fluide Pakt wurde in Nicaragua auch als „el quinto poder“, die fünfte Gewalt bezeichnet²³. Er dürfte etwa seit 2004 für Ortega nicht mehr allzu bindend sein, da Alemán von seinem Nachfolger Enrique Bolaños der Gerichtsbarkeit überlassen wurde. Nichtsdestotrotz fällt besonders eine entscheidende Transformation des Wahlrechts in die Zeit des Paktes, die das heutige System Nicaraguas mit geformt hat²⁴: Musste ein_e Kandidat_in zuvor noch mindestens 40% und eine relative Mehrheit der Stimmen im ersten Wahlgang auf sich vereinen, reichten nun 35% der Stimmen bei 5% Abstand auf die zweitplatzierte Person. Genau dieser Umstand gereichte Ortega bei der Wahl 2006 zum Sieg. Folgendes muss also festgehalten werden: Es war für zwei verschiedenster Verbrecher beschuldigter Politiker möglich, die Verfassung dahingehend zu ändern, dass schon wenig mehr als ein Drittel der Wähler_innenstimmen ausreichte, einem der beiden zum Präsidentenamt zu verhelfen. Sämtliche Institutionen des Staates konnten infiltriert werden. Ebenso muss die nachträgliche Legitimierung seiner Wiederwahl 2011 Ortega als Verhalten ausgelegt werden, das wenig Verfassungstreue beweist: Von ihm kontrollierte Richter_innen des Obersten Gerichtshofs erklärten den Artikel der Verfassung, der die direkte Wiederwahl des Präsidenten verbietet, für verfassungswidrig²⁵. Die Verfassungsrealität in Nicaragua ist offensichtlich nicht dazu beschaffen, die Politiker_innen ausreichend zu konditionieren. Daniel Ortega hat dies wiederholt für sich zu nutzen gewusst. Die beschriebenen Episoden mögen anekdotisch wirken, sind aber nur einige unter zahlreichen Beispielen und verdeutlichen

durchaus exemplarisch das politische Geschehen in Nicaragua.

POLITISCHE KULTUR

Dafür wird auch die politische Kultur des Landes verantwortlich gemacht. Paternalismus, Nepotismus und Patrimonialismus bestimmen die Politik weiterhin. Entgegen offizieller Verlautbarungen und Statistiken ist die Repräsentation von Frauen in der Gesellschaft katastrophal; ein „traditioneller“ *machismo* sorgt diesbezüglich für soziale Heterogenität²⁶. Dass Ortega seine Ankündigung, Murillo zur Vizepräsidentin zu machen, mit der (gesetzlich geregelten) Gleichstellung von Mann und Frau begründete, entbehrt nicht eines gewissen Zynismus. Die Motivation des 70-Jährigen dürfte wohl eher gewesen sein, auch bei einer möglichen Erkrankung während seiner Präsidentschaft die (in Abwesenheit des Präsidenten auf die Vizepräsidentin übergehende) Macht in seiner Familie zu wissen²⁷.

Die Politik in Nicaragua war immer bestimmt von sogenannten „caudillos“: Skrupellosen, taktierenden, machthungrigen und egoistischen Politikern, denen nicht an *good governance* oder Allgemeinwohl, sondern an der eigenen (Vor)Machtstellung gelegen ist. Das politische System darf also nicht ausschließlich über die institutionelle Perspektive betrachtet werden; die Akteursperspektive scheint bei derart bestimmenden Persönlichkeiten wie Ortega (oder auch Alemán) unumgänglich²⁸. Bestärkt durch einen immer noch vorhandenen *provincialismo* – also der Vorstellung, dass ihre Geschicke von einer höheren Autorität bestimmt werden – in der Bevölkerung, können Politiker als Volkstribune auftreten und als nahezu messianische Gestalten Stimmen sammeln²⁹. Dieser Personenkult muss in Hinsicht auf die schon offenbaren Schwächen des Systems kritisch betrachtet werden. Offensichtlich bietet die niedrige Performanz der Institutionen den *caudillos* die Option, fernab demokratischer Handlungsweisen zu agieren. Die webersche charismatische Herrschaft scheint nicht gänzlich unbrauchbar für die Klassifizierung des *caudillismo*. Dies muss bedenken-

26 Elsemann / Schobel 2008: 439

27 <http://www.bbc.com/mundo/noticias-america-latina-36969850>

28 Gómez 2012: 15 ff.

29 ebd.: 17 und 19 ff.

22 Pérez-Baltonado 2006: 137

23 Elsemann / Schobel 2008: 423

24 envío September 2016

25 Álvarez / Miranda 2016



lich stimmen, da der Präsident in Nicaragua über weitreichende Kompetenzen verfügt: Er ist zugleich Staatsoberhaupt und Regierungschef. Als solcher ist er Agenda-Setter, gibt also die Richtlinien für die Politik vor und steuert etwa die Sozial- und Wirtschaftspolitik. Ihm kommt zudem das Recht zu, Minister_innen zu ernennen und zu entlassen. In Verwaltung und Fiskalpolitik kann er Dekrete mit der Wirkungsmacht von Gesetzen erlassen, zudem kann er Gesetze einbringen und ist bei der Verabschiedung derselben Vetospieler³⁰. Als Vertreter der Exekutive kommen ihm also auch judikative Kompetenzen zu. So ergibt sich eine enorme Machtfülle für den Präsidenten. Der *caudillismo* wird bisweilen als größtes Problem der Demokratie in Nicaragua gesehen³¹. Er ist zudem mitverantwortlich dafür, dass die Akzeptanz für die Demokratie in Nicaragua eher niedrig ist beziehungsweise weiter sinkt. Es existiert eine nicht unerhebliche Gleichgültigkeit darüber, ob die Regierung demokratisch legitimiert ist oder nicht³². Die Gründe dafür liegen unter anderem darin, dass die Menschen in Nicaragua auch nach dem Ende der Diktatur als passive „Klienten“ behandelt wurden und weniger als Subjekte politischer Teilhabe³³.

MENSCHENRECHTE

Für eine partizipative Gesellschaft ist es unabdingbar, dass sich die Bürger_innen ohne Einschränkungen politisch engagieren können. Aktuelle Geschehnisse legen für Nicaragua das Gegenteil nahe: So wurden in den vergangenen Jahren Aktivist_innen mehrfach bedroht und attackiert, etwa kürzlich eine Koordinatorin der Bewegung gegen den geplanten Nicaragua-Kanal³⁴. Aktivist_innen sind zudem oft Repressionen bei der Ein- und Ausreise ausgesetzt³⁵. Es konnte darüber hinaus nachgewiesen werden, dass Funktionäre der FSLN Überfälle organisiert haben, bei dem Oppositionelle verletzt wurden³⁶. Lokale wie internationale

Menschenrechtsorganisationen beklagen außerdem den massiven Landraub in der Karibikregion mit Vertreibungen und Ermordungen, die als politisch induziert angesehen werden müssen. Zwischen 2013 und 2015 wurden demnach 24 bis 30 indigene Aktivist_innen ermordet, ohne dass die Behörden Erklärungen präsentieren konnten³⁷. Polizei und Militär werden generell von sozialen Bewegungen als gewalttätig wahrgenommen³⁸. Dies resultiert auch aus ihrem repressiven Vorgehen gegen Demonstrant_innen³⁹. Vorfälle in den vergangenen Jahren lassen vermuten, dass es immer wieder zu bewaffneter politischer Gewalt (auch gegen Regierungsanhänger) kommt und vereinzelt bewaffnete Gruppen im Land existieren, die durch die Sicherheitskräfte bekämpft werden⁴⁰. Auch am Wahltag kam es bei Konflikten zwischen bewaffneten Gruppen und der Polizei zu Toten⁴¹. Gewalt wird offenbar immer noch als Mittel der Konfliktlösung betrachtet⁴². Und währenddessen bleibt die (sexuelle) Gewalt gegen Frauen ein nicht gelöstes Problem der nicaraguanischen Gesellschaft⁴³. Das ultra-konservative Abtreibungsverbot, welches 2006 durch die FSLN und andere Parteien verabschiedet wurde, dürfte Ausdruck des Paktes sein, den Ortega-Murillo zuvor mit der katholischen Kirche eingegangen waren⁴⁴. Des Weiteren hat die Regierung mit dem *Ley de la Seguridad Soberana* ein Gesetz über die nationale Sicherheit zur Hand, durch welches sich nahezu alle Felder der Politik wie externe Aggressionen behandeln lassen; seine Anwendung führt zu einem Vorrang der Sicherheitskräfte vor den zivilen Institutionen und unterstellt Polizei und Militär dem Präsidenten. Die Regierung kann also beispielsweise auch bei Konflikten in der Sozialpolitik die Sicherheitskräfte zur „Lösung“ hinzuziehen. Daraus resultiert letztendlich eine gefährliche Machtkonzentration beim Präsidenten⁴⁵.

37 <https://www.amnesty.org/en/countries/americas/nicaragua/report-nicaragua/>

38 IEEPP 2016

39 <http://taz.de/Proteste-gegen-Bau-des-Nicaraguakanals/!5025400/>

40 envío August 2016: 21

41 <http://confidencial.com.ni/eran-perseguidos-politicos/>

42 Elsemann / Schobel 2008: 436

43 envío agosto: 5

44 Gómez 2012: 28

45 envío Dezember 2015

30 Elsemann / Schobel 2008: 426

31 Ruiz 2016

32 <http://www.dw.com/de/lateinamerikas-demokratie-in-der-defensive/a-19526070>

33 Gómez 2012: 19 ff.

34 <http://www.ondalocal.com.ni/producciones/316-grupo-armado-asalta-a-hijo-de-francisca-ramirez/>

35 <https://www.amnesty.org/en/countries/americas/nicaragua/report-nicaragua/>

36 Álvarez / Miranda 2016



PRESSEFREIHEIT

Dies wirkt sich auch auf die Pressefreiheit aus: Bei Demonstrationen sehen sich Journalist_innen regelmäßig Angriffen von Regierungsanhänger_innen ausgesetzt. Die vormals gelobte Pressefreiheit in Nicaragua hat ernsthaften Schaden genommen⁴⁶. Zum einen liegt das in den Repressionen begründet, die Journalist_innen zu erleiden haben. Zum anderen fußt sie auf der begrenzten Informationsfreiheit in Nicaragua. Durch eine äußerst restriktive Informationspolitik ist es für Bürger_innen in Nicaragua schwer, Zugang zu offiziellen Dokumenten zu erlangen. Außerdem beschränken sich die öffentlichen Erklärungen der Regierung auf einige wenige Gelegenheiten: Präsident Ortega hat seine letzte Pressekonferenz Anfang 2007 gehalten, die omnipräsente Vizepräsidentin Murillo beschränkt ihre täglichen Kommuniqués oft auf ein Gebet und Allgemeinplätze. Das Gesetz über den Zugang zu Informationen, welches die Behörden zur Weitergabe von relevanten Informationen verpflichtet, funktioniert nicht, sondern wird vielmehr aktiv umgangen⁴⁷. Auch dadurch bleiben die Politiker_innen des Landes nahezu jede Rechenschaft schuldig. Zusätzlich hat die Regierung großen Einfluss auf die öffentliche Debatte, da sie zusammen mit dem mexikanischen Geschäftsmann Àngel González ein Duopol aller relevanten Medien (Fernseher, Radiostationen, Print-Medien) besitzt. Fast alle frei verfügbaren Fernseher dürfen dem Regierungslager zugeordnet werden⁴⁸. So wird die Pluralität der Informationen und der gesellschaftliche Diskurs in Nicaragua stark eingeschränkt⁴⁹. Zwar erscheinen auch große oppositionelle Zeitungen wie etwa *La Prensa*, diese ist aber stark polarisiert und für objektive Informationen nur bedingt nutzbar⁵⁰. Es muss zudem davon ausgegangen werden, dass die Regierung Ortega den Geheimdienst dazu nutzt, Spionage gegen Journalist_innen zu betreiben. Opposition-

46 https://rsf.org/en/news/nicaraguan-journalists-need-protection-access-information?utm_content=bufferc639e&utm_medium=social&utm_source=twitter.com&utm_campaign=buffer

47 <https://knightcenter.utexas.edu/blog/00-16897-government-closed-media-lack-public-statements-and-access-information-nicaragua>

48 ebd.

49 Confidential Oktober 2016: Interview mit Edinson Lanza

50 Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 14.11.15

ner Journalismus ist in Nicaragua immer wieder Verleumdungen, Gewalt und Kriminalisierung ausgesetzt⁵¹. Der status quo der Menschenrechte sowie der Presse- und Versammlungsfreiheit kann also kaum ein Indikator für eine freie Demokratie sein. Der Konflikt um die Informationsfreiheit hat außerdem eine weitere Komponente: Durch Werbeaufträge großer Firmen, die vornehmlich nicht an unabhängige Medien vergeben werden, wird finanzieller Druck auf unabhängige Akteur_innen der Presse ausgeübt⁵².

ÖKONOMISCHE UND SOZIALE SITUATION

Dies lenkt den Fokus auf eine weitere Dimension der Untersuchung: Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung. Trotz einer dezidiert anti-neoliberalen und anti-imperialistischen Rhetorik weiß Ortega die Vertreter_innen der Wirtschaft hinter sich⁵³. Dies ist unter anderem darin begründet, dass die internationalen Geldgeber wie der Internationale Währungsfonds (IWF) oder die Banco Interamericano de Desarrollo (BID) Nicaragua bisher unterstützten. Unter der Zusicherung, die Gelder für Schuldenabbau und Währungsstabilität einzusetzen, konnte Ortega auf die kritiklose Gewährung von Krediten hoffen. Der IWF gab sich damit zufrieden, lediglich auf die für seine Programme relevanten makroökonomischen Daten zu referieren (die berüchtigte „Konditionalität“ der IWF-Kredite). So konnte der Fonds die eigenen Programme als Erfolg verbuchen und Ortega die von Investor_innen geforderte wirtschaftliche Stabilität und Wachstum vorweisen⁵⁴. Schon in ihren Oppositionsjahren stimmte die FSLN für internationale Freihandelsabkommen, seit der Übernahme der Regierungsverantwortung hat sich Ortega mit den wichtigen Wirtschaftsverbänden COSEP (*Consejo Superior de la Empresa Privada*) und AMCHAM (*Cámara de Comercio Americana Nicaragüense*) sowie dem Banken-Sektor verbündet⁵⁵. Die COSEP

51 Confidential Oktober 2016: Interview mit Edinson Lanza

52 <https://knightcenter.utexas.edu/blog/00-16897-government-closed-media-lack-public-statements-and-access-information-nicaragua>

53 Pérez-Baltonado 2006: 142

54 Álvarez / Miranda 2016

55 Gómez 2012: 46



mahnt zwar zuweilen öffentlich demokratisches Handeln an, ist aber eine treue Verbündete Ortega und übt keinerlei Druck auf ihn aus⁵⁶. Dafür sorgen günstige Steuerbedingungen und die Zusicherung der Regierung, die Freihandelsverträge zu erfüllen. Zudem werden große Wirtschaftsakteur_innen wie beispielsweise Carlos Pellas, wohl reichster Mensch des Landes, an zahlreichen lukrativen (Steuer-)Deals beteiligt⁵⁷. Um sich die Unterstützung des *gran capital* zu sichern, hat Ortega zahlreiche Sonderwirtschaftszonen (*zonas francas*) bewilligt. Außerdem müssen Arbeiter_innen, die sich für bessere Arbeitsbedingungen und Löhne engagieren, mit Schikanen und Entlassung rechnen⁵⁸. Die Gewerkschaften können hier kein adäquates Gegengewicht bilden, obwohl der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Nicaraguaner_innen hoch ist. Am nationalen sozialen Dialog nehmen die Gewerkschaften allerdings höchstens affirmativ teil und müssen als in hohem Maße systemtreu bezeichnet werden. Teil der Allianz Ortegas sind auch Agrarexporteur_innen, also die „Agraroligarchie“, die mitverantwortlich ist für Vertreibungen indigener Bauern und Bäuerinnen⁵⁹. Andere politische Parteien werden von der Wirtschaft nicht als Dialogpartner anerkannt, bisweilen für Forderungen nach mehr sozialer Distribution gar öffentlich angefeindet und verleumdet⁶⁰. Der relativ breite neoliberale Konsens der Politik ab 1990 wurde auch von der FSLN weitergetragen. Die soziale Ungleichheit ist in Nicaragua dementsprechend groß. Dies hat mit dazu beigetragen, die Bevölkerung von der Politik zu entfremden⁶¹.

Dafür ist nicht unerheblich, dass sich die Familie Ortega-Murillo mit einem exklusiven Zirkel Getreuer eine Parallelwirtschaft aufgebaut hat; die Familie Ortegas und Freund_innen des Präsidentenpaars treten als Unternehmer auf und haben ihr Kapital zumindest in Teilen aus den Fonds der ALBA bezogen. Die *Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América* (Bolivarianische Allianz für die Völker unseres Amerikas), ein vom ehemaligen venezolanischen Präsidenten Chavez gegründetes Bündnis,

liefert Nicaragua seit 2011 Milliardenhilfen aus den Öleinnahmen Venezuelas. Es existieren seriöse Berichte darüber, dass Ortega und Vertraute große Summen dieser Subventionen zweckentfremdet haben⁶². So hat sich ein eigener Wirtschaftszweig gebildet, der bei seiner Expansion auf die Zuhilfenahme staatlicher Ressourcen bauen kann⁶³. Es muss weiterhin davon ausgegangen werden, dass die FSLN Gelder der ALBA für Parteizwecke und den Wahlkampf verwendet hat⁶⁴. Im Kampf gegen Korruption nimmt Nicaragua im weltweiten Ranking einen der hinteren Plätze ein. „Transparency international“ bescheinigt dem Land nur eine „minimale“ Einsicht in die Budget-Verwaltung⁶⁵. So muss konstatiert werden, dass die Regierung Ortega-Murillo staatliche Gelder und Strukturen nutzt, um den eigenen Machtbereich auch ökonomisch zu festigen. Die Wirtschaftselite tritt dabei in keinerlei Opposition zum Präsidenten, vielmehr hat sie sich arrangiert und profitiert von der Kooperation. Dass die Familie Ortega-Murillo sich persönlich bereichert, ist dabei weniger Nebenwiderspruch als vielmehr Teil der Machtkonsolidierung Ortegas.

Es soll nicht unterschlagen werden, dass Ortega bei der Armutsbekämpfung durchaus Erfolge verzeichnen konnte, auch die Alphabetisierungsrate konnte (wieder) gehoben werden. Der Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung ist zudem kostenfrei. Betrachtet man die Lebensumstände der Ärmsten in der nicaraguanischen Gesellschaft, ist aller Wahrscheinlichkeit nach während Ortegas Regierungszeit eine Verbesserung eingetreten. Populäre Programme wie *Plan Techo*, *Hambre Cero* oder der *Bono Solidario* haben mit Nahrungsmittelhilfen, kostenloser Ausgabe von Baumaterialien und einem staatlichen Zuschuss auf minimale Löhne dafür gesorgt, die Lebensqualität vieler Menschen zu erhöhen. Bei etwa 70 Prozent an Menschen, die im informellen Sektor arbeiten, ist die Bereitstellung von Grundbedürfnissen eine substanzielle Aufwertung der ökonomischen Verhältnisse vieler Haushalte⁶⁶. So lässt sich auch durchaus die Popularität Ortegas bei seiner Kernwähler_innenschaft erklären. Zudem kann die FSLN ihr Selbstverständnis, nach

56 envío August 2006

57 Gómez 2012: 106

58 Ruiz 2016

59 Jiménez 2016

60 envío Oktober 2016

61 Gómez 2012: 82 ff.

62 envío September 2016

63 ebd. : 8 f.

64 Álvarez / Miranda 2016

65 <https://www.transparency.org/country/#NIC>

66 Álvarez / Miranda 2016



wie vor die Partei der Revolution und des Volkes zu sein, mittels dieser allokativen Politiken prominent zur Schau stellen.

Allerdings wird Ortega dabei „Assistenzialismus“ und fehlende Nachhaltigkeit in der Armutsbekämpfung vorgeworfen⁶⁷. Gemeint ist, dass Zuschüsse für Nahrungsmittel und Blechdächer ebenso kurzfristig sind wie Lohnsubventionierung für Niedrigverdiener_innen. An den Strukturen, die die Menschen in Armut halten, ändern diese Hilfen langfristig nichts. Sozialpolitik wird so eher zur Vergabe von Almosen an Menschen, die aufgrund der Prekarität ihrer Lebensverhältnisse immens von den „Geschenken“ der FSLN profitieren. Im Wahlkampf 2016 hat sich zudem gezeigt, dass die Regierungspartei die Programme politisiert. Um Wähler_innen zu gewinnen beziehungsweise um regierungstreue Bezirke zu belohnen, wurden die Programme dem Abstimmungsverhalten der Gemeinden angepasst⁶⁸. Hier offenbart sich ein Missstand auf zwei Ebenen: Neben dem schon für sich problematischen Umstand, dass der Wahlkampf einer Partei mit Schenkungen verknüpft ist, wird hier außerdem eine inakzeptable Verschränkung der Angelegenheiten von Sozialstaat und Parteipolitik offenbar. Wie zuvor schon in der Wirtschaftspolitik lässt sich ein Klientelismus erkennen. Für eine Demokratie, die wirklich inklusiv und offen sein soll, ist soziale Gerechtigkeit unerlässlich. Vom im regionalen Vergleich durchaus stabilen Wirtschaftswachstum Nicaraguas profitieren aber nur wenige, sodass weiterhin eine große soziale Ungleichheit existiert. Nicaragua bleibt weiterhin eines der ärmsten Länder des Kontinents⁶⁹.

AUSSENPOLITIK

Die Mittel für die erwähnten Wohltaten stammen neben den Geldern der ALBA von den „westlichen“ Geldgebern. Dabei haben die EU ebenso wie das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen UNDP (United Nations Development Programme) ihre Hilfen nach den Unregelmäßigkeiten bei den letzten Wahlen seit 2008 eingestellt⁷⁰. Trotzdem konnte Ortega in seiner Amtsperiode ab

67 Gómez 2012: 96

68 ebd.: 98 ff.

69 <https://www.giz.de/de/weltweit/396.html>

70 envio Oktober 2016

2007 auf die höchsten Auslandshilfen bauen, die Nicaragua je erhalten hat. Zusätzlich half ein Schuldenchnitt dabei, die Finanzen des Landes zu konsolidieren⁷¹. Dies könnte in Zukunft allerdings mit Problemen behaftet sein: Ende September 2016 verabschiedete der US-amerikanische Kongress den sogenannten *NICA-Act*: Dieses Gesetz gibt den USA die Möglichkeit, in den internationalen Finanzinstitutionen wie dem IWF oder der Weltbank ein Veto gegen weitere Kredite oder Leistungen an Nicaragua einzulegen, sollte die Regierung Nicaraguas nicht Schritte zur Demokratisierung des Landes einleiten⁷². Die USA fordern unter anderem freie und faire Wahlen von Präsident Ortega. Außerdem können die Sicherheitsbehörden der USA Ermittlungen gegen ihn und seine Gefolgsleute wegen Korruption und der Verletzung der Menschenrechte aufnehmen⁷³. Bedenkt man den Einfluss der USA in den internationalen Institutionen, ist der NICA-Act für Ortega-Murillo eine nicht zu unterschätzende Bedrohung. Kurzfristig allerdings wird die Liquidität Nicaraguas nicht beeinträchtigt. Die Tranchen für die nächsten Jahre sind bereits bewilligt⁷⁴. Zudem fließen monatlich etwa hundert Millionen US-Dollar durch *remesas familiares*, also Geldsendungen von im Ausland lebenden Nicaraguaner_innen, ins Land⁷⁵. Die profitierenden Familien in Nicaragua sind so weniger oder gar nicht abhängig von staatlicher Hilfe und entlasten die sozialen Dienste.

Eine weitere Entwicklung, die die Politik Nicaraguas in Zukunft beeinflussen dürfte, ist die Krise Venezuelas. Seitdem das Land des Ortega-Verbündeten Nicolás Maduro eine heftige Wirtschaftskrise erlebt, wurden auch die Hilfen an Nicaragua gedrosselt. Das Ausmaß der Krise in Venezuela lässt zudem den Schluss zu, dass in Zukunft milliardenschwere Zuwendungen an die ALBA-Koalitionäre nicht mehr realisierbar sein werden – entweder, weil Präsident Maduro den politischen Machtkampf gegen die Opposition verliert, oder weil der Staatshaushalt Venezuelas so in Mitleidenschaft gezogen

71 Gómez 2012: 204 ff.

72 <http://www.nodal.am/2016/10/la-embajadora-de-eeuu-en-nicaragua-manifiesta-que-hay-preocupacion-por-el-pais/>

73 envio Oktober 2016

74 Perspectivas August-September 2016

75 Zinecker 2012: 20



werden wird, dass dem Nachfolger Chavez' kein Spielraum mehr für die Zahlungen an Nicaragua bleibt. Da Ortega außenpolitisch unter Druck gerät, nähert er sich Russland an⁷⁶. Waffenkäufe und die Erlaubnis zur Einrichtung einer russischen Militärbasis in Nicaragua sind Ausdruck dafür, die USA seinerseits herauszufordern⁷⁷. Auch weil Ortega beim Kampf gegen den Drogenhandel mit Washington kooperiert und für die USA Migrant_innen an der Weiterreise Richtung Norden hindert, ist die dortige Regierung ihm gegenüber bisher milde verfahren⁷⁸. Dahinter dürfte das Kalkül stehen, dass die USA Nicaragua nicht in den Einflussbereich Russlands verlieren möchten (was die Menschen Nicaraguas schon aus leidvoller Erfahrung des „Kalten“ Krieges kennen). Unter diesem Gesichtspunkt sind jegliche ausländische Interventionen in die nicaraguanische Politik mit angemessener Skepsis zu betrachten. Was die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA bedeutet, lässt sich zu diesem Zeitpunkt kaum seriös prognostizieren.

Aus den unterschiedlichen realistischen Szenarien ergibt sich wohl auch ein Teil der Motivation für das Vorgehen Ortegas. Da wichtige Eckpfeiler seiner Macht in Frage gestellt werden, muss man davon ausgehen, dass er die Wahlen vom 06.11.2016 vor allem als Mittel zur Konsolidierung seiner Macht gesehen hat. Es fügt sich ins Bild, dass seine Regierung einem Dialog über die aktuelle Situation Nicaraguas mit der Organisation Amerikanischer Staaten (im Spanischen OEA) zugestimmt hat. Erste, im Oktober initiierte Gespräche blieben ohne konkrete Ergebnisse. Weitere Dialogrunden werden stattfinden – nach den Wahlen⁷⁹. Ein Dialog über die Demokratie und die Zukunft Nicaraguas soll also erst nach der erneuten Bestätigung Ortega-Murillo für fünf Jahre erfolgen. Um auch eventuelle Sanktionen der internationalen Gemeinschaft und/oder der Geldgeber überstehen zu können, soll die innenpolitische Landschaft möglichst kontrollierbar sein. Bis auf einige mit ihm verbündete Parteien und der Opposition überlassenen Sitze gibt es keine parlamentarische Opposition mehr. Daraus ergibt sich die Frage, wie es um die außer-

parlamentarische Opposition im Speziellen und die Zivilgesellschaft im Allgemeinen bestellt ist.

ZVILIGESSELLSCHAFT

In den letzten beiden Jahrzehnten erfolgte in Nicaragua ein sprunghafter Anstieg der aktiven *non governmental organisations* (NGOs). Diese Entwicklung fällt unter anderem in die Amtszeit Enrique Bolaños', auch wenn ihm vorgeworfen wurde, damit lediglich seine neoliberale Ideologie zu flankieren⁸⁰. Die NGOs wurden in dieser Zeit durchaus zu einem Faktor in der Politik, wenn auch kritisiert wird, dass sie ihre Strukturen in dieser Zeit nicht stark genug entwickelten⁸¹. So existieren zahlreiche Menschenrechtsgruppen und lokale Initiativen, die die beschriebenen Mängel in der Gesellschaft anprangern. Auch andere Schwerpunkte wie der Protest gegen den geplanten Nicaragua-Kanal oder gegen sexuelle Gewalt sind durchaus präsent⁸². Dennoch mahnen selbst Politiker_innen die Bildung breiterer sozialer Bewegungen an⁸³. Der Zustand der „typischen“ zivilgesellschaftlichen Partner ist ambivalent: Die katholische Kirche hat ihr Bündnis mit Ortega mittlerweile gelöst. So hat sich die Bischofskonferenz in den letzten Jahren kritisch über demokratische Defizite im Land geäußert⁸⁴. Das dadurch entstehende Potenzial in einem Land mit hohem Anteil an gläubigen Katholik_innen wird aber bisher nicht im Sinne einer oppositionellen Mobilisierung ausgeschöpft. Die Gewerkschaften müssen als weitestgehend von der FSLN und der Regierung kontrolliert angesehen werden⁸⁵. In ihrem momentanen Zustand dürften sie kaum eine autonome politische Kraft sein, um einen Prozess der Demokratisierung auf den Weg zu bringen.

Der durchaus vorhandene themenspezifische Erfolg der NGOs kann und soll hier nicht in Zweifel gezogen werden. Es existiert allerdings kein zivilgesellschaftliches Bündnis, welches die progressiven Kräfte der Gesellschaft vereinen und die Menschen

76 Torres Jimenez 2016

77 Perspectivas No. 106

78 envío Oktober 2016

79 <http://confidencial.com.ni/dialogo-oea-nueva-oportunidad-una-estrategia-mas-ortega/>

80 Gómez 2012: 88

81 ebd.: 50

82 envío September 2016

83 Torres Jiménez 2016

84 http://internacional.elpais.com/internacional/2014/05/23/actualidad/1400870531_878835.html

85 <http://survey.ituc-csi.org/Nicaragua.html?lang=es#tabs-3>



für ein gesamtgesellschaftliches Projekt mobilisieren könnte. Studien zeigen zudem, dass viele Bürger_innen der Politik mit Skepsis gegenüberstehen. Arbeitslosigkeit, steigende Preise, Armut und Sicherheit werden (weit vor der politischen Situation) als die vier größten Probleme empfunden⁸⁶. Dass (progressive) politische Gruppierungen Abhilfe schaffen könnten, überzeugt die Mehrheit der Menschen offenbar nicht. Vielmehr haben es Ortega-Murillo geschafft, nahezu alle Institutionen der Gesellschaft entscheidend zu schwächen beziehungsweise gänzlich zu okkupieren. Ihre Partei hat eine echte Parallelstruktur zum Staat etabliert und politisiert alle Lebensbereiche, darunter auch das Bildungssystem⁸⁷. Schüler_innen und Student_innen, welche oft genug Träger_innen des politischen Wandels waren, wird ein Engagement in der FSLN im Tausch gegen gute Benotung und Aufstiegschancen empfohlen. Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist oft ebenfalls mit der Treue zur Regierung verbunden⁸⁸. Angesichts der Schwächung der anderen Parteien entwickeln sich Strukturen eines Ein-Parteien-Systems.

Neben der Partei existiert ein weiteres Organ, die *Consejos del Poder Ciudadano* (CPCs), also die Räte der Bürgermächte. Ursprünglich sollten die CPCs ein Element von Basisdemokratie sein, welches die Bedürfnisse der Bürger_innen auf lokaler Ebene an die zuständigen staatlichen Stellen weiterleitet. Komitees in den Kommunen sollten eine Interessenvertretung der Menschen gegenüber dem Politikapparat bilden. Die Inklusion möglichst vieler Menschen in die Politik gilt Verfechter_innen partizipativer Demokratietheorie als positiv. Im Falle der CPCs aber ist diese Partizipation der Überwachung gewichen. Sie haben sich zu einem vigilanistischen Instrument entwickelt⁸⁹. Es hat sich eine Parallelstruktur herausgebildet, die den Alltag der Mitmenschen überwacht und direkt Murillo unterstellt ist. Sie hat die CPCs in einen Überwachungsapparat verwandelt, der ihr Informationen direkt aus den Kommunen sichert und der mit Getreuen der FSLN besetzt ist. So sind die Räte ein weiterer Baustein der Kontrolle der Gesellschaft durch Ortega-Murillo.

86 IEEPP 2016

87 Álvarez / Miranda 2016

88 Gómez 2012: 98 f.

89 Zinecker 2012: 28 f.

FAZIT

Es bleibt zu konstatieren, dass in Nicaragua die demokratischen Kräfte fast bis zur Bedeutungslosigkeit zurückgedrängt wurden. Presse- und Versammlungsfreiheit müssen empfindliche Einschränkungen erdulden, die den öffentlichen Diskurs beinahe vollständig auf die Propaganda zugunsten der FSLN verengen. Mit der Kontrolle der Justiz bis hin zum Obersten Gerichtshof und den Sicherheitskräften halten Ortega-Murillo weitere Trümpfe in der Hand. Ihre Macht perpetuieren sie zudem durch eine Allianz mit der Wirtschaft und der Veruntreuung öffentlicher Gelder für ihre Parallelwirtschaft. Dies steigert gleichzeitig die soziale Ungleichheit im Land. Die FSLN ist nicht länger eine Massenpartei mit basisdemokratischer *bottom-up*-Struktur, sondern eine Mobilisierungsplattform gegen politische Gegner_innen. Zudem lassen sich Anzeichen einer Einheitspartei erkennen. Ihre Anhänger_innenschaft wendet (wie auch die Gegenseite) bisweilen Gewalt an. Die Verfassung und andere Institutionen der Gesellschaft sind für Ortega-Murillo kein Hindernis. Letztlich muss auch die Wahl vom sechsten November als gefälscht und als weiterer Schritt in Richtung der Etablierung einer neuen Familien-Dynastie in Nicaragua gesehen werden. In Bezug auf die aufgestellten Parameter für eine funktionierende Demokratie muss die derzeitige politische Situation in vielen Bereichen als unzureichend, ja gefährlich eingestuft werden. Henry Ruiz, Minister der Revolutionsregierung und nun Mitglied der MRS, hatte schon Monate vor den Wahlen die Gründung der MPR (*Movimiento Patriótica por la República*) angekündigt. Es bleibt abzuwarten, ob diese Bewegung Anstoß sein kann für eine Entwicklung, die die angestrebten Ziele (Säkularisierung, das Brechen mit dem *caudillismo*, Kampf gegen den Kanal sowie gegen das Abtreibungsverbot) erreicht. Es mehren sich die Stimmen derer, die eine Staatskrise voraussagen, sollten Ortega-Murillo ihren jetzigen Kurs unter Missachtung demokratischer Werte beibehalten. Eine Verschärfung der politischen Krise wäre wohl die Folge, wobei noch unklar ist, ob einflussreiche Politiker_innen (vielleicht sogar der FSLN) die offene Konfrontation mit Ortega-Murillo suchen werden. Beim jetzigen status quo erscheint es zweifelhaft, dass kurzfristig



eine Bewegung entsteht, die eine Re-Demokratisierung Nicaraguas erreicht. Noch scheinen die Bürger_innen Nicaraguas nicht bereit, in ausreichender Zahl in Opposition zum System zu gehen. Dies ist aber essentiell, soll sich die unheilvolle Geschichte der Diktatur in Nicaragua nicht wiederholen.



Literaturverzeichnis

Álvarez, Ivania und Mauricio Miranda. 2016: Un enigma llamada Daniel Ortega. In: Nuso Nr. 262. März-April 2016. Managua

Elsemann, Nina und Kurt Schobel. 2008: Das politische System Nicaraguas. In: Stüwe, Klaus und Stefan-Rinke: Die politische Systeme in Nord- und Lateinamerika. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden

Gómez Poteri, Ricardo. 2012: Nicaragua zwischen Absolutismus und Demokratie. Springer Fachmedien: Wiesbaden

Pérez-Baltonado, Andrés. 2006: Nicaragua: Das Ende eines Paktes. Nuso Sonderheft Ruiz, Henry. 2016: Kommentar für envío. Managua

Torres Jiménez, Hugo. 2016: Kommentar. Managua

Zinecker, Heidrun. 2012: Gewaltarmut in Nicaragua - Mythos oder Realität? Empirische Befunde, Kausalitäten und Lehren. HSFK-Report Nr. 5/2012: Frankfurt am Main.

Ausgaben von: Confidencial. Revista de Información y Análisis. Managua: Confidencial November 2008.

Confidencial Oktober 2016. Interview mit Edinson Lanza

Consortio Panorama Electoral. 2016: Segundo Informe und Informe Preliminar Elecciones 2016. Managua

Ausgaben von: envío. Managua:
envío número 405, ano 34 diciembre 2015.
envío, número 413, ano 35 agosto 2016.
envío, número 414, ano 35, septiembre 2016.
envío, número 414, ano 35, octubre 2016.

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung: Ausgabe vom 14.11.2015 (Nr. 264)

IIEEP (Instituto de Estudios Estratégicos y Políticas Públicas) 2015: VIII. Encuesta de percepciones sobre la seguridad ciudadana. Managua

Perspectivas. Suplemento de Análisis político. No. 106. AGOSTO-SEPTIEMBRE 2016. Managua

taz am Wochenende: Ausgabe vom 12.08.2016 (Ausgabe 11095)

<https://www.amnesty.org/en/countries/americas/nicaragua/report-nicaragua/>

<http://www.bbc.com/mundo/noticias-america-latina-37427820>

<http://www.bbc.com/mundo/noticias-america-latina-36929366>

<http://www.bbc.com/mundo/noticias-america-latina-37113096>

<http://www.bbc.com/mundo/noticias-america-latina-36969850>



http://www.cenidh.org/media/documents/docfile/Informe_CENIDH_Final2015WEb-2.pdf

<http://confidencial.com.ni/dogu/>

<http://confidencial.com.ni/estado-esta-la-obligacion-investigar/>

<http://confidencial.com.ni/dialogo-oea-nueva-oportunidad-una-estrategia-mas-ortega/>

<http://confidencial.com.ni/eran-perseguidos-politicos/>

<http://www.dw.com/de/lateinamerikas-demokratie-in-der-defensive/a-19526070>

<http://www.elmundo.es/internacional/2016/07/29/579baab4468aeb44448b4684.html>

<https://www.giz.de/de/weltweit/396.html>

http://internacional.elpais.com/internacional/2014/05/23/actualidad/1400870531_878835.html

<https://knightcenter.utexas.edu/blog/00-16897-government-closed-media-lack-public-statements-and-access-information-nicaragua>

http://www.nytimes.com/2016/08/05/opinion/dynasty-the-nicaragua-version.html?_r=0

<http://www.nodal.am/2016/10/la-embajadora-de-eeuu-en-nicaragua-manifiesta-que-hay-preocupacion-por-el-pais/>

<http://www.ondalocal.com.ni/producciones/316-grupo-armado-asalta-a-hijo-de-francisca-ramirez/>

<http://taz.de/Proteste-gegen-Bau-des-Nicaraguakanals/!5025400/>

<http://taz.de/Demokratie-in-Nicaragua/!5323815/>

<https://www.theguardian.com/commentisfree/2016/aug/24/nicaragua-dictatorship-sandinista-ortega-murillo>

<https://www.reporter-ohne-grenzen.de/nicaragua/>

https://rsf.org/en/news/nicaraguan-journalists-need-protection-access-information?utm_content=bufferc639e&utm_medium=social&utm_source=twitter.com&utm_campaign=buffer

<http://survey.ituc-csi.org/Nicaragua.html?lang=es#tabs-3>

<https://www.transparency.org/country/#NIC>



Autor

Georg Marx es estudiante de ciencias políticas en la Universidad de Leipzig.

Pie de imprenta

Fundación Friedrich Ebert
San José | Costa Rica

Hansjörg Lanz
Representante Fundación Friedrich Ebert
para Costa Rica, Nicaragua y Panamá
E-Mail: costarica@fesamericacentral.org
Tel.: +506 2296 0736
<http://www.fesamericacentral.org>

En 1965 la Friedrich-Ebert-Stiftung (FES, Fundación Friedrich Ebert) abre en Costa Rica su primera oficina en la región centroamericana. El 23 de julio de 1965 se firma el Convenio de Cooperación entre el Gobierno de Alemania y el Gobierno de Costa Rica. El 1° de setiembre de 1980 se aprueba la Ley no. 6454 que lo ratifica.

Por más de 50 años la Fundación Friedrich Ebert en Costa Rica ha desarrollado sus actividades como plataforma de diálogo, análisis político y de asesoría política. La participación de múltiples actores y el fortalecimiento de la democracia social son bases de la cooperación realizada con instituciones sociales y políticas costarricenses.

En la actualidad, la Fundación Friedrich Ebert, a través de su oficina en Costa Rica, desarrolla los ocho campos de trabajo regional de la FES en América Central. El concepto de planificación en red de las seis oficinas centroamericanas consiste del trabajo nacional con intercambio regional y seguimiento nacional.

Las actividades permiten una cooperación con múltiples actores progresistas en los seis países centroamericanos y en los campos de la justicia social, la democracia, el cambio climático, la economía sostenible y la seguridad. Destaca además, en lo nacional y lo regional el trabajo sindical, de género y con jóvenes - agentes de cambio.

El uso comercial de todos los materiales editados y publicados por la Friedrich-Ebert-Stiftung está prohibido sin previa autorización escrita de la FES.

Las opiniones expresadas en esta publicación no reflejan, necesariamente, los puntos de vista de la Friedrich-Ebert-Stiftung.